

Sehr geehrte Gastgeber¹

Sehr geehrter Herr Nationalrat und Fraktionspräsident,
Thomas Aeschi

Sehr geehrte Damen und Herren

Liebe Parteikolleginnen und -kollegen

Liebe Gäste

((Einleitung))

Wir müssen den Kanton Bern fit machen für die kommenden Generationen.

Ich möchte, dass der Kanton Bern wieder zu einer Lokomotive wird! Ich möchte, dass wir den «Berner Stolz» wieder leben dürfen! Ich möchte, dass wir nicht mehr täglich fast 3,5 Millionen Franken aus dem Nationalen Finanzausgleich benötigen, sondern dass wir in 25 – 30 Jahren ohne diese Mittel auskommen. Das ist meine langfristige Vision für den Kanton Bern, meine Damen und Herren.

¹ SVP-Sektionsverbund Oberwil, Weissenburg-Därstetten, Erlenbach, Diemtigen.
Die Interviewfragen stellt Thomas Knutti

* * * * *

((Wir müssen umdenken))

Wenn Sie mir nun entgegenhalten, dass man die Kantone Zürich, Genf oder Zug nicht mit Bern vergleichen kann, dann muss ich Ihnen rechtgeben. Diese Kantone haben eine ganz andere Bevölkerungsstruktur, eine andere Wirtschaftskraft und eine andere Topografie. Das ändert aber nichts daran, dass der Kanton Bern wieder attraktiver werden muss.

Wir müssen langfristig investieren! Nicht in Aktien und Obligationen sondern in ein neues Denken!

Ein Umdenken

- in der Sozialpolitik – zum Beispiel mit der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes
- im Asylwesen – mit der neuen Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen
- Bei der Arbeitsintegration – damit wir den Menschen, die von der Sozialhilfe abhängig sind, möglichst rasch neue Perspektiven geben können

Und durch ein Zukunftsdenken

- beim Ausbau des Medizinalstandorts Bern – zum Beispiel mit einem modernen und starken Inselspital
- mit einer gezielten Förderung von Bildung und Forschung – zum Beispiel in Technik, Medizin und Pflege
- Und mit einer tatkräftigen Standortförderung, damit der Kanton Bern sein Wirtschaftspotential wieder voll ausschöpfen kann und nicht noch mehr Firmen ihre Arbeitsplätze ins Ausland oder in andere Kantone verschieben.

Der zweisprachige Kanton Bern muss attraktiv sein, alle Vorteile nutzen und sich positiv präsentieren.

* * * * *

Ich möchte, dass sich der Kanton wieder auf seine Kernaufgaben konzentriert. Es darf nicht sein, dass wir das Geld aus den Steuereinnahmen mit der Giesskanne verteilen. Der Staat muss haushalten so wie Sie, meine Damen und Herren.

Wir können nicht mehr Geld ausgeben, als wir haben. Der Kanton Bern hat heute 5,8 Milliarden Franken Schulden. In den vergangenen Jahren wurde fleissig Geld ausgegeben, das wir gar nicht hatten.

Der Kanton hat in den letzten Jahren seine Budgets nicht voll ausschöpfen müssen. Aber es bleibt kein Geld übrig, denn wir müssen Schulden abbauen. Und dürfen keine neuen machen!

Deshalb ist es unsere Pflicht, alle Ausgaben zu hinterfragen. Und wir müssen laufend überprüfen, welche Leistungen wir günstiger einkaufen oder anbieten können. Das sind simple Grundlagen des unternehmerischen Denkens. Wie in jedem Haushalt.

* * * * *

((Gesundheits- und Fürsorgekosten steigen))

Auch die Gesundheits- und Fürsorgedirektion muss kostenbewusst handeln. In diesem Jahr werden wir erneut 70 Millionen Franken mehr ausgeben, um unsere Aufgaben zu erfüllen. Das Geld ist an Leistungen und Leistungserbringer gebunden, so dass wir langfristig planen müssen, wenn wir etwas verändern wollen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Kostenexplosion im Gesundheits- und Fürsorgewesen ist nicht aufzuhalten – aber ich möchte diesen Trend abbremsen.

In meiner Direktion ist das sehr schwierig, denn es steht immer der Mensch im Mittelpunkt. Und ich will das Beste für

die Menschen, ich muss dabei aber auch an die künftigen Generationen denken und nachhaltig handeln.

* * * * *

((Gesundheitsversorgung der Bevölkerung))

Wir haben heute ein sehr gutes Gesundheitssystem. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten sind aber grosse Herausforderungen zu bewältigen:

- die Zahl der älteren Menschen und damit der chronischen Krankheiten wird stetig zunehmen
- die heutigen Strukturen sind zu sehr auf die Akutversorgung ausgerichtet
- die Anforderungen an die Langzeitpflege und die Spitexdienste wird enorm steigen
- es fehlt im Gesundheitswesen an Transparenz und Steuerbarkeit
- die Gesundheitskosten werden durch die demografische Entwicklung und den medizinisch-technischen Fortschritt weiter steigen
- die hohen Krankenkassenprämien stellen schon heute für viele Menschen eine sehr grosse finanzielle Belastung dar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ein grosser Teil unserer Überlegungen hängt mit der Bevölkerungsentwicklung zusammen.

Die Bevölkerung wird immer älter. Das bedeutet, dass wir die Gesundheitsleistungen darauf ausrichten müssen.

- Gemäss dem Referenzszenario des Bundes wird die Schweiz 2045 insgesamt 2,7 Millionen Personen zählen, die 65-jährig oder älter sind. Ende 2014 waren es 1,5 Millionen.
- Im Jahr 2045 werden knapp 29 Prozent der Bernerinnen und Berner älter sein als 65 Jahre. Heute sind es 22,2 Prozent. Und im Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental wird diese Zahl noch steigen. Die Hochrechnung zeigt bei Ihnen fast 33 Prozent von über 65-jährigen Menschen.²

Diese demographische Entwicklung stellt uns vor riesige Herausforderungen. Wir wissen noch nicht genau, was alles auf uns zukommt.

* * * * *

((Spitalplanung Obersimmental-Saanenland))

² <https://www.fin.be.ch/fin/de/index/finanzen/finanzen/statistik/bevoelk/bevoelkerungsprojektionszenarien1.html>
Referat von Regierungsrat Pierre Alain Schnegg, Gesundheits- und Fürsorgedirektor
Polit-Treff 2018, Därstetten
«Gesundheitspolitik im Kanton Bern»
Donnerstag, 15. Februar 2018 um 20.00 Uhr, Turnhalle, 3763 Därstetten

In all diese Entwicklungen fallen die Überlegungen zur Spitalplanung Obersimmental-Saanenland. Wir machen heute die Spitalplanung von morgen und reden von einem Zeitrahmen von 30 – 40 Jahren.

Es stehen viele Fragen im Raum:

- Wie sieht die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in 10 Jahren aus?
- Wie setzen wir das Model «ambulant vor stationär» um?
- Wieviel Spitalbetten brauchen wir noch?
- Wie entwickelt sich die Bevölkerung?
- Geht die Landflucht weiter und verbleiben künftig immer mehr alte Menschen in den Randregionen?
- Welche Rolle spielen die Wohn- und Pflegeheime?
- Wie organisieren wir die Spitex- und Rettungsdienste?
- Wie wollen WIR uns organisieren und wer bezahlt was?

Am 22. Januar 2018 haben wir erneut Vertreter der Bergregion Obersimmental-Saanenland und der STS AG getroffen. Bei den Gesprächen wurde deutlich, dass für eine erfolgversprechende Lösung die Situation im angrenzenden Pays-d'Enhaut berücksichtigt werden muss und wir die Fragen des Angebotsportfolios und des Standorts nochmals prüfen müssen.

Wir haben aber klar gesagt, dass die Spitalversorgung in der Bergregion Obersimmental-Saanenland weiter auf einem hohen Niveau gewährleistet werden soll und dass wir einen Neubau mit der STS AG als Partnerin als die von uns bevorzugte Lösung betrachten.

Zu diesem Zweck wird eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern der GEF und der Spital STS AG eingesetzt, die von einem Externen geleitet wird.

Es wurde vereinbart, dass die GEF und die Vertreterinnen und Vertreter der Region im Sommer 2018 wiederum zusammenkommen, um sich über die Projektfortschritte auszutauschen.

* * * * *

((Sozialhilfe ja! Aber sinnvoll und geplant))

Meine Damen und Herren,

ich sagte bereits, dass ich die Kosten im Gesundheits- und Fürsorgewesen eindämmen will, damit der Kanton und die Bevölkerung überhaupt noch eine Chance haben, diese Kosten zu tragen. Schon heute bezahlen wir im Kanton Bern sehr hohe Steuern, darum ist eine Steuererhöhung keine Alternative zum Ergebnisverbesserungsprogramm des Kantons.

Seit einigen Monaten diskutieren wir nun bereits über die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes.

Was ist mir dabei wichtig?

Wer in Not gerät, dem muss geholfen werden. Viele der rund 47'000 Menschen, die im Kanton Bern Sozialhilfe beziehen, sind unverschuldet in eine schwierige Situation geraten. Ich denke dabei zum Beispiel an Mitbürgerinnen und Mitbürger, die den Arbeitsplatz verloren haben (vor allem jene über 50 Jahre) oder an Alleinerziehende. Diesen Menschen müssen wir helfen. Unvoreingenommen – aber sinnvoll und mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Warum ist diese Teilrevision nötig?

1. Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit soll wirtschaftlich gesehen attraktiver sein als der Bezug von Sozialhilfe.
2. Wer Sozialhilfe bezieht, soll stärker motiviert und besser unterstützt werden, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Es kann doch nicht sein, dass ein Lehrling seine Ausbildung abbricht, weil er merkt, dass sein Kollege von der Sozialhilfe mehr bekommt, als er.

Und es kann auch nicht sein, dass eine junge Familie mit zwei Kindern mit 4'500 Franken durchkommen muss, die andere Familie aber, die Sozialhilfe bekommt, bezahlt keine

Steuern, ist versichert, hat eine Wohnung und erhält Zusatzleistungen (z.B. für den Zahnarzt oder die Brille) und steht am Ende des Monats besser da, als die erste Familie.

Und noch etwas fällt mir auf:

Firmen aus der sogenannten «*Sozialindustrie*» gehen mit grosser Selbstverständlichkeit davon aus, dass der Staat und der Kanton ihre Angebote ganz oder teilweise finanzieren, unabhängig von den Resultaten ihrer Arbeit. Hier besteht Handlungsbedarf.

* * * * *

((Viele Asylsuchende: nach 5 – 7 Jahren übernimmt der Kanton. Wir müssen uns auf ausgabenintensive Jahre vorbereiten))

Wie ich bereits am Anfang gesagt habe: Es braucht ein Umdenken: Für mich muss jeder investierte Franken auch Nutzen bringen. Und zwar Nutzen für die Bevölkerung des Kantons Bern.

Schon in fünf Jahren wird der Kanton erhebliche Mittel brauchen, um die Menschen, die heute und in den vergangenen Jahren zu uns gekommen sind, in die kantonalen Strukturen zu übernehmen.

Die Schweiz nimmt monatlich rund 1'400 Asylsuchende auf. In den vergangenen 12 Monaten sind diese Zahlen um circa 30 Prozent zurückgegangen. Das ist gut, aber wird es so bleiben? Die neue Asylgesetzgebung soll im Jahr 2020 greifen. Dadurch werden die Aufgaben zwischen Bund und Kantonen neu geregelt. Das ist auch gut. Aber all dies ändert nichts an der Tatsache, dass viele Menschen vom Fürsorgesystem des Kantons übernommen werden müssen.

Nur wenigen Asylsuchenden gelingt es, eine Arbeit bei uns zu finden. Je nach Gruppe sind es zwischen 10 und 30 Prozent, das heisst, dass 70 bis 90 Prozent auf langfristige Unterstützung vom Staat angewiesen sind. Wir müssen uns auf diese Situation vorbereiten.

* * * * *

((Arbeitsintegration ist die beste Hilfe))

Unser Ziel ist es, dass Sozialhilfebezüger, vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge möglichst rasch wieder wirtschaftlich selbständig werden. Wir wollen den Menschen helfen. Sie sollen ihre Selbstachtung, ihren Platz in der Gesellschaft und ihre finanzielle Unabhängigkeit wieder finden. Sozialhilfe ist keine dauernde Alternative.

Und vergessen wir nicht, was in der Bundesverfassung steht: «Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der

Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.»³ Das möchte ich wirklich stark hervorheben! Das Schlüsselwort heisst: SELBSTVERANTWORTUNG.

Mir bereitet es grosse Sorge, dass Tausende von jungen Leuten heute kaum Aussicht auf eine Stelle haben. Es wird sehr schwierig werden, all diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Aber der einzige Ausweg IST die Arbeitsintegration. Das MUSS uns gelingen!

* * * * *

((Zusammenarbeit mit der Wirtschaft))

Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann werden Arbeitsplätze geschaffen und wir können mit den Firmen über verschiedene Möglichkeiten der beruflichen Integration verhandeln.

Damit es der Wirtschaft gut geht, muss die Politik für gute Rahmenbedingungen sorgen. Zum Beispiel durch die Revision des Steuergesetzes und eine aktive Standortförderung.

* * * * *

((Schluss))

³ Schweizerische Bundesverfassung Art. 6

Meine Damen und Herren

Aus meinen kurzen Erklärungen können Sie sehen, wie viele Stellen des Bundes, des Kantons und der Gemeinden zusammen arbeiten müssen, damit unser System funktioniert. Da ist kein Platz mehr für ein Gärtchendenken und für Protektionismus von Verbänden und Interessensgruppen.

- Wir müssen in diesem Kanton, ja, in diesem Land nach neuen Lösungen suchen,
- Wir müssen zusammenarbeiten,
- Wir müssen heute vorsorgen, damit es den kommenden Generationen gut geht

und

- Wir müssen uns ständig erneuern, denn sonst werden wir vom Zug abgehängt.

In unserem Kanton steckt ein riesiges Potential, aber wir dürfen den Anschluss an die Zukunft nicht verlieren. Der Kanton Bern hat Kraft und Dynamik und soll wieder eine Lokomotive werden.

Als Einwohner, als Familienvater, als Politiker und Bürger werde ich mich dafür einsetzen.

Herzlichen Dank, dass ich zu Ihnen sprechen durfte.

Merci beaucoup !

((Nächster Programmpunkt: Interviewfragen von Thomas Knutti sowie Fragen aus dem Publikum))